

# Freie Presse

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Vortales und Wochenschriften Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Koganski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Krelling, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königsplatz 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Volkswirtschaften vierteljährlich 2.70 Mark, ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 10 Pf. — Inzerationsgebühren: Die 7. u. 8. Spaltenzeile 20 Pfennig, 9. Spalte 15 Pfennig, 10. Spalte 10 Pfennig, 11. Spalte 5 Pfennig, 12. Spalte 3 Pfennig, 13. Spalte 2 Pfennig, 14. Spalte 1 Pfennig. — Zeitungspostfreie Seite 411.

Nr. 37.

Halle, Mittwoch den 13. Februar 1918.

2. Jahrgang.

## Eine neue Botchaft Wilsons.

Am den Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika hielt Präsident Wilson am Montag folgende Rede:

Am 8. Januar habe ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie unter Volk sie aufsteht. Der englische Premierminister hat am 5. Januar in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Reden antwortete der deutsche Reichkanzler am 24. Januar und Graf Czernin für Oesterreich-Ungarn am gleichen Tage. Es ist erfreulich zu hören, daß von Wunsch zu bald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Auslandsstaat von den Ansichten über diesen großen Gegenstand sich vor den Ohren der ganzen Welt äußere.

Die Antwort des Grafen Czernin, die der Hauptrolle nach an meine Rede vom 8. Januar in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen meiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefert. Er soll angebeutet haben, daß mir die Ansichten, die er zum Ausdruck brachte, zu dem mitgeteilt worden seien, und daß ich zu der Zeit, da er sie äußerte, über sie unterrichtet gewesen sei. Hierin ist er aber sicherlich mißverständlich worden. Ich hatte keine Mitteilung von dem, was er zu sagen beabsichtigte, empfingen. Es lag natürlich auf dem Grund vor, weshalb er sich privat mit mir hätte in Verbindung setzen sollen: Ein ganz gewöhnliches, zu seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu gehören.

Graf Hertlings Antwort ist, ich muß es sagen, sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Es ist voll zweideutiger, und es ist nicht klar, was er für sich selbst in einem von der Antwort des Grafen Czernin sehr abweichenden Tone gehalten und augenscheinlich mit entgegengegesetzten Zwecken. Sie bezeugt leider über den unglücklichen Einbruch, den wir aus den Besprechungen in Paris-Montclair gewonnen haben, daß sie ihn bezeugt. Seine Erklärung über die Ziele der Vereinigten Staaten führt ihn zu einer größeren Folgerung. Er weigert sich, sie auf die wesentlichen Punkte anzuwenden, die den Inhalt jeder endgültigen Abmachung bilden müssen. Er ist mißtraulich gegenüber einer internationalen Aktion und internationaler Beratung.

Graf Hertling erklärt, wie er sagt, den Grundlag öffentlicher Diplomatie, aber er scheint darauf zu bestehen, daß die, wenigstens im vorliegenden Falle, ein allgemeines Prinzip befolgt werden, und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatsangehörigkeit, jene Fragen, von denen hängt die Annahme des Friedensvertrags der 28 jetzt im Krieg befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den in jeder ihrer Hauptbestandteilen notwendigen Ratungen erörtert und geschlichtet werden. Er nimmt der Freiheit der See zu, wobei ich zweifelhaft über irgend eine Behinderung dieser Freiheit durch internationale im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen; er würde mit bedingungsloser Freude die Wirtschaftsbarrieren zwischen den einzelnen Ländern verschwinden lassen, weil dies in keiner Weise den Bestrebungen der Militärpartei, mit der er sich ansehend bemittelt, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würde. Ebenso wenig erhebt er Einwände gegen eine Behinderung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird, wie er glaubt, durch die Wirtschaftspolitik, die dem Kriege folgen wird, von selbst geregelt; die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will mit niemandem aus den Vertretern Auslands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, besprechen; mit niemandem aus der französischen Regierung die Beziehungen zu werden das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern; lediglich mit Oesterreich will er besprechen, was mit Polen geschehen solle. Die Lösung aller, die Balkanstaaten betreffenden Fragen überläßt er, wie ich ihn vernehme, Oesterreich und der Türkei und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nichteuropäischen, dem gemeinsamen gemeinsamen Reich zugehörigen Völker getroffen werden müssen, den kaiserlichen Beamten.

Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnisse erzielt ist, hätte er, wenn ich seine Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen, die es unternommen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen Störungen von außen zu sichern. Es muß für jeden, der erachtet, wie dieser Krieg die Reinigung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein, daß auf solche Weise unmöglich ein allgemeiner Friede, ein Friede, der die unendlichen Opfer dieser Jahre vergilt, werden wert ist, erreicht werden kann. Die Methode, die der deutsche Reichkanzler vorschlägt, ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfrieden, was wir erlangen wollen, ist eine neue Weltordnung, aufgebaut auf den weltlichen und umfassenden Grundlagen von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß einen Frieden von Rüstungen und Waffen. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht recht versteht. Wehrt er mit seinen Gebanten tatsächlich noch in einer verlassenen Welt?

Ja, er die Reichs-Entscheidung vom 19. Juli vollkommen derselben überbleibt er sie abstrakt? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Bereicherungen von Staat zu Staat. Der Weltfrieden hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner kürzlichen Rede auf den Kongress hingewiesen habe. Ich meine selbstverständlich nicht, daß der Weltfrieden von der Annahme irgend einer bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in welcher diese Probleme gelöst werden sollen, abhängt. Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme jedes für sich und insgesamt die ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste der Gerechtigkeit und der Gerechtigkeit gelöst werden, ein Friede auf die Wünsche nationaler Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche, sowie auf die Sicherheit und den gegenseitigen Frieden der betroffenen Völker, kein dauernder Friede erreicht werden kann. Diese Probleme können nicht getrennt und in abgegrenzten Gebieten erörtert werden. Niemand darf davon ausgehen werden. Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Weltfriede, und was durch militärische Macht gestiftet ist, wird, wenn in unzureichender Weise gegeben, keineswegs dauerhaft. Es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden.

Ich bin Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt vor einem Gerichtshof der ganzen Welt spricht, daß alle erogen. Was der Welt nun über all das zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgültig welchen Landes, über die Folgen eines Konflikts sagt, der sich nach allen Teilen der Welt ausbreitet hat? Die Reichsentscheidung vom Juli hat die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll wieder den Anzeigungen nach Entscheidung über Frankreich. Es ist nicht eine hohe Ehre, es ist ein rechtlicher Grund das Handeln, aber die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr handeln werden. Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen oder durch einzelne Vereinbarungen auf einer Friedenskonferenz. Er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengesetzt werden; alle Teilnehmer an diesem Krieg müssen sich zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwo beteiligt sind, zusammensetzen, denn, was wir suchen, ist ein Frieden, den wir alle gemeinsam, nicht nur für einzelne und aufrechterhalten können, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen Staatsoberhäuptern ist.

Die Vereinigten Staaten haben keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen, oder als Schlichter in europäischen territorialen Streitigkeiten aufzutreten. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Völkern aufzuerlegen. Sie werden es gerne übernehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß die Rüstungen, die sie vorgehalten haben, nicht die besten oder besten sind. Sie sind lediglich ihre eigene provisorische Stütze der Grundzüge und der Art, in welcher sie angewendet werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, zu Mitbetroffenen in der Verbundenheit und der Ungleichheit, die von den militärischen Herrschern Deutschlands her über die Welt verhängt wurde, und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebenso sehr, als wie sie irgend eine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Weltordnung zufällt, betreffen. Sie leben keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen des Krieges beseitigt werden und ihre Sicherheit zu weit erreicht, unmöglich gemacht wird. Dieser Krieg hat keine Würde in der Wiederherstellung der Rechte der kleinen Nationen und Völkern, denen die Eingetragene und die Macht fehlt, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatsangehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen müssen nun eingehalten werden, die solche Dinge hinsichtlich unmöglich machen und diese Verpflichtungen müssen, durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und willens sind, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten, gestiftet werden.

Wenn Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die eine organisierte Widerstandskraft haben, durch Vertrag zwischen den mächtigen Regierungen, die sich jetzt nicht beteiligen können, beseitigt werden, was ist die Lösung, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Es ist falsch zu glauben, daß in der veränderten Welt, in der wir uns befinden, die Gerechtigkeit und die Rechte der Völker das ganze Gebiet internationaler Beziehungen ebenso sehr betreffen, wie der Zutritt zu den Wasserstraßen und zu stillen gleichen Handelsbeziehungen. Graf Hertling weiß, daß die wesentlichen Grundlagen von Handel und Industrie durch gemeinsame Abkommen und Verständigungen geschaffen werden sollen; er kann aber nicht erwarten, daß ihm dies geschieht wird, wenn die anderen Gegenstände, welche im Friedensvertrag zu regeln sind, nicht auf dieselbe Weise, nämlich als Wesen in der Endabrechnung behandelt werden. Er kann nicht die Möglichkeit eines gemeinsamen Lebensvertrages auf dem einen Gebiete verlangen, ohne es auf dem anderen zu gewähren.

Ich meine es als bester, an, daß er eintritt, daß geforderte wirtschaftliche Vorteile in Bezug auf den Handel und die Hauptindustrielle seine Grundzüge für einen Frieden bilden würden, und ebensowenig, dessen was er sicher sein, würden dies geforderte wirtschaftliche Vorteile in Bezug auf Völkern und Völkern sein. Graf Czernin scheint die Grundlagen des Friedens mit klaren Augen anzusehen, und er scheint sie nicht zu verurteilen. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen unbestreitbaren politischen Bevölkerungen, die eine an die andere grenzen, eine Angelegenheit europäischer Lebensinteressen ist und natürlich zu befriedigen werden muß, ferner, daß Völkern getrennt und wiederhergestellt werden muß, gleichgültig, welche Opfer und Zugeständnisse dies mit sich bringen kann, und ferner, daß nationale Bestrebungen betrieblid werden müssen, loger in seinem eigenen Reiche, in gemeinsamem Interesse Europas und der Welt.

Wenn er über Fragen scheint, die die Interessen und Absichten seiner Reichsbürger näher als die Oesterreichs allein betreffen, so ist es natürlich, nur, weil er sich, wie ich bemerke, angehornt fühlt, unter den Umständen auf Deutschland und die Türkei zu verweisen. Anders er die wichtigen in Betracht kommenden Prinzipien und die Notwendigkeit, sie offenberzig in die Tat umzusetzen, erkennt und ihnen schließt, nicht er nicht, nicht, daß Oesterreich auf die Kriegesziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwere, als dies Deutschland möglich ist, eingehen kann. Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Oesterreichs Bedürfnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte.

Die Unterlegung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Absichten fortzufahren, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundzüge sind die folgenden:

1. daß jeder Ziel einer endgültigen Vereinbarung im wesentlichen auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Falle und auf einem solchen Ausmaß aufgebaut sein muß, von dem es ein mehrheitlich ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird;
2. daß Völkern und Völkern nicht von einer Staatsangehörigkeit in eine andere herumschoben werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Güter in einem Spiel handelt, wenn auch in dem großen Spiel des Gleichgewichts der Kräfte, das nun für alle Zeiten beständig ist; daß jedoch;
3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen wurde, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Staaten getroffen werden muß;
4. daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zusteht werden kann, ohne neue oder die Vereinigung aller Elemente von Zivil und Völkern, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrhaftig, daß wieder Frieden würden, aufzunehmen.

Ein allgemeiner Friede auf solcher Grundlage erdriekt, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede geföhrt ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Krieg fortzufahren. Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundzüge, die wir als grundlegend betrachten, schon überall als zwingend anzuerkennen, außer von den Vorkämpfern der deutschen Militar- und Annexionspartei. Wenn sie anderwärts herkommen, so sind die Widerstrebenden nicht genügend zahlreich oder einflußreich gewesen, um ihre Stimmen vernommen werden zu lassen. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland ansehend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nun als gerecht ansieht.

Ich wäre kein wahrhafter Vorkämpfer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen müßte, daß wir in diesen Krieg wegen seines kleinen Anlasses eingetreten sind, und daß wir auf dem grundständig eingeschlagenen Weg niemals umkehren können. Unsere Hilfswaffen sind jetzt teilweise mobilisiert, und wir werden nicht zulassen, sich dies nicht in Gänge geschickt ist; unsere Truppen werden rasch zu Fronte geschickt und die Verbündeten werden bestärkt werden. Unsere ganze Kraft wird in diesem Krieg der Freiheit eingesetzt werden, einer Freiheit von der Verbodung und von den auf Vorkämpfer geschickten Verjuden selbstständiger Gruppen, von autoritativen Herrschern, was immer auch die Schwierigkeiten und die gegenwärtigen teilweisen Verögerungen sein mögen.

Wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbegrenzt und können unter keinen Umständen aufhören, in einer Welt, die von Hüten und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Vorgehen mit einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regiert, das Verlangen der aufklärten Menschen überall ist. Eine diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden sein. Dem menschlichen Leben werden erträgliche Erfindungen und Entwicklungsbedingungen fehlen.

Wenn wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Ich hoffe, daß ich es nicht nötig habe, hinzuzufügen, daß kein Wort, das ich gesagt habe, als Drohung gemeint ist. Das entspricht nicht der Stimmung unserer Völkern. Ich habe es geäußert, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge, daß die Menschen überall wissen sollen, daß unsere Leidenschaft für Gerechtigkeit und Selbstregierung nicht lediglich eine Leidenschaft in Worten, sondern eine solche ist, wenn einmal in Taten umgesetzt, betrieblid werden muß. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für ihre Nation und kein Volk eine Bedrohung. Sie wird niemals zu Angriffswaffen oder zur Schwere der Weltveränderung selbstständiger Interessen angewendet werden. Sie entspricht der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.

### Zu Trotskis Friedenserklärung.

Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Vertreter der russischen Regierung Ramenow, der sich auf der Seite nach dem Entenslandern in St. Petersburg, sagte einem Pressevertreter über die russische Friedenserklärung: Rußland kann und will nicht länger Krieg führen; aber die russische Regierung gibt ihre Grundzüge nicht auf und behält sich die Vertretung ihrer Grundzüge auf der allgemeinen Friedenskonferenz vor, die nicht ausbleiben kann.

Weiterhin sagte Ramenow, er glaube nicht, daß Deutschland an der Differenz ganz abströhen werde, aber bis auf eine Grenzstadt werde es keine Truppen an die Westfront schicken, was einen weiteren Druck auf die Entensmächte ausüben werde, mit den Friedensverhandlungen zu beginnen.

Auf die Frage, ob Trotski für seine Friedenserklärung das Einverständnis des russischen Volkes habe, antwortete Ramenow: Ganz und gar! Man irrt, wenn man annimmt, daß Trotski eigenmächtig vorgegangen ist. Der Beschluß, eine Erklärung über den Frieden und die Demobilisierung in West-Wolost abzugeben, im Petersburger Arbeiter- und Soldatenkongress im Weissen Trotski geföhrt worden.

# Kein Kriegszustand — kein Friede.

Auf die Mitteilung vom Friedensschluß zwischen Deutschland und der Ukraine hat Trotski mit heftigem Protest internationalen Verträgen abgeproben. Zugleich hat er für die bolschewistische Regierung die Erklärung abgegeben, daß sie auf einen neuen Friedensschluß verzichte, aber den Kriegszustand als beständig ansetzt und die vollständige Demobilisierung des Heeres bereits angeordnet habe. Zugleich ist in Rumänien einer der Schuldigen am Balkenord, der Ministerpräsident Ionel Brătianu zurückgetreten und durch den General Averescu ersetzt worden, der politisch nicht vorbelastet ist und freie Hand zum Friedensschluß hat.

Das erste natürliche Gefühl gegenüber dieser Meldung ist das der Freude über die weitere Befreiung der Weissenrücken im Osten. Wenn Deutschland nicht, gibt es von heute an keine Ostfront mehr. Der Zweifrontenkrieg ist erledigt, die Gegner an der einen Front haben die Waffen niedergelegt. Die Hoffnung steigt und wird zur inneren Gemüthsheit, daß es schließlich der deutschen Regierung doch noch gelingen wird, den allgemeinen Frieden zu erreichen, daß die deutschen Weissenrücken auch den Feind im Westen, der sich jetzt noch in nachteiligen Kriegslagen erhebt, zwingen werden, das Westfront als ansichtslos zu beenden. Zeit der russischen Revolution hatte Deutschland im Weltkrieg gesagt: Ist Trotski neuerer Erklärung über die Bedeutung des Kriegszustandes nicht auch der alte Bestimmt faunm noch beiden. Da die Alliierten den Krieg mit großen Ausbaldungen begonnen hatten, konnte nur der deutsche Sieg zum Verständigungsfrieden führen. Die Ansichten eines vereinten und vernünftigen Kriegsergebnisses sind daher heute besser als je.

Aber die Bemänglung darüber darf die Tatsache nicht verhehlen, daß eine feste Neuordnung im Osten noch nicht erreicht ist, sondern alles davor bleibt wie bisher. Das russische Meer lief sowieso auseinander, und zu neuem Kampfe fehlte den Russen alles: Soldaten, Disziplin, Munition, Verpflegung und Sanitätsdienste. Die Bolschewiki geben nur jetzt offen zu, was wir schon wußten, daß sie nicht mehr kämpfen können. Zugleich machen sie den Rest ihrer Truppen frei für den Bürgerkrieg, für die gewalttätige Unterdrückung der Ukraine und Finnlands.

Was nun Deutschland tun soll, ist schwer zu sagen. Daß die besten Gebiete geräumt werden, oder der Frieden unterzeichnet ist, ist höchst unwahrscheinlich. Zuvorlet unvorstellbar, nachdem an das russische Meer die Ausweisung erzwungen wurde, die deutschen Soldaten die Weissenrücken mit man am besten Offizieren und Generäle befreit. Eine Abweisung, von der natürlich Trotski laßt, doch er hat nicht inne und nicht wisse, woher sie komme. Solange aber die deutsche Weissenrücken fortbewahrt, ist es wiederum schwierig, die Entwidlung der neuen Staaten im Osten planmäßig zu fördern. Man sollte gleichwohl den Versuch machen, wirksame Volksvertretungen in Litauen und Estland zu schaffen, eine nationale Verwaltung und eine nationale Miliz zu schaffen und auf diese Weise die neuen Weissenrücken auf feste Grundlage zu stellen. Je besser diese Staatselemente ausgebaut werden, um so rascher kommt der Tag, an dem die deutschen Weissenrücken von dort zurückgezogen und zu nützlicher Arbeit in die Heimat zurückgeführt werden können. Viel wird für die Zukunft von der weiteren Entwidlung der innerpolitischen Verhältnisse abhängen. Werden die Trotski und Lenin noch lange die Macht in Rußland behaupten oder bald von einer neuen Regierung abgelöst werden?

Wenig mehr als drei Monate hat jetzt die Bolschewiki an der Gewalt. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zu bessern, ist ihnen bisher verlost geblieben. Die von fixierten Massen in Rußland an den Arbeitslosigkeit der großen Revolution ist immer und hoffnungslos fast als je. Die Lebensmittelpersonen ist ins Stocken geraten, die Rohstoffe fehlen still, Hunger und Arbeitslosigkeit herrschen überall, und in Verweissungsabständen wendet sich die notleidende Masse nun auch schon gegen die Bolschewiki, die sie als falsche Propheten verwirft.

Gleichwohl sind wir nicht fertig, daß die Herrschaft der Bolschewiki bald ihrem Ende entgegensteht. Sie ist heute eine Militärdiktatur, nicht wie man sie früher in der Geschichte kannte, eine Diktatur der Seerführer, sondern eine solche der Soldaten, der roten Garden. Die Bolschewiki werden das Meer demobilisieren, aber die Schutztruppe ihrer Herrschaft nicht, und bisher sieht man noch nicht die Macht, welche imstande wäre, sie zu überwinden. Es ist eine Diktatur des revolutionären Proletariats aufgesetzt, aber sie sieht wesentlich anders aus, als wohl alle Sozialdemokraten sie sich vorgestellt haben.

Rußland macht gegenwärtig eine Gärung durch, die so gewaltig ist, daß sie dem Lande die Vertrauenswürdigkeit an internationalen Abmachungen nun nimmt, noch doch nicht, was morgen sein wird. Wir können nur hoffen, daß die von unseren westlichen Feinden der Friedenshilfe flieht, es nicht die Herrschaft zu hier aufsetzen hat, und daß Rußland bald den Ausweg zu dauerhafteren und geländerten Zuständen findet.

# Der Prozeß gegen Bolo Wascha.

Am Prozeß Bolo Wascha vor dem Militärgerichtshof waren auch zwei ehemalige Ministerpräsidenten als Zeugen geladen: Caribou und Caillaux. Ersterer erklärt sich erwidert, namens des Präsidenten Wilson gegen die das Elisee anzuwenden böswilligen Gerichte Stellung zu nehmen. Er hat keinen schick es zum guten Ton, innerlich gewissermaßen die Freie Frankreichs direkt oder indirekt als Staatsmänner anzusehen, die sich vor Deutschland nicht verneinen wollen. Sein Bruder, daß auch Boinard nicht verlor. Der Präsident sollte hell auf, als man ihm von der Anklage Bolo Wascha sprach, als man ihm erklärte, daß Elisee Bolo Wascha eine Willen antrat. Boinard hat Bolo ein einseitig Rat gegeben. Die Gattin des Präsidenten hat mit Frau Bolo niemals verkehrt. Das ist alles, was ich darüber sagen kann, da ich meines Berufsgebietes als ehemaliger Ministerpräsident nicht entziehen bin.

Caillaux gedenkt mit freudiger Stimme eine Ausrede. Gleich vielen politischen Persönlichkeiten Frankreichs habe auch er im Salon Bolo verkehrt. Als er vor befreundeter Seite vor Bolo neuzur wurde, habe ihn Bolo als bester Freund willkommen geheißen. Geschäftlich beschränkte sich 1914 Caillaux Verkehre mit Bolo auf dessen Projekt, Rumänien Beziehungen zu Venezuela wieder aufzunehmen. Am Sommer des vorigen Jahres habe die Besatzung gegen Bolo begonnen, doch lassen absolut keine Verhandlungen vor, bis als Berater zu hemeln. An allererstes Teil seien mit durchschickter Ansicht Gerichte von allem altem Namen zu müssen Bolo und Caillaux ausgehört werden. Alle diese Punkte werden zu einer Kategorie von Glaubensartikeln jener Sorte Bolo zugehörig, in deren Rahmen man Boinard ein Bolo habe. Bolo beschränkt sich auf eine Erklärung, daß er die Besatzung bemerkt, doch er als Ministerpräsident die Entscheidung des Verfahrens gegen Bolo für unabweisbar erklärt habe.

# Eine englische Thronrede.

London, 12. Februar. (Neuer.) Die Parlamentsession ist heute von dem König und der Königin unter Beobachtung der üblichen Zeremonien eröffnet. Die Thronrede lautet:

Meine Lords, meine Herren! Die Kriegsvorbereitungen lassen es unerlässlich erscheinen, daß Sie nach kurzer Pause wieder zu Beratungen einberufen werden. Die Ziele, wofür ich und meine Verbündeten kämpfen, wurden kürzlich in einer Erklärung von meiner Regierung dargelegt, die die entschlossene Zustimmung meiner Wähler im ganzen Reich fand, und die eine gerechte Grundlage für die Beflegung des gegenwärtigen Kampfes, die Wiederherstellung der nationalen Rechte und die Zukunft des internationalen Friedens schuf. Die deutsche Regierung ignorierte jedoch unsere gerechte Forderung nach Wiederherstellung der begangenen Verletzungen und nach Garantien gegen ihre unprovozierte Wiederholung. Ihre Wortführer weigern sich, für ihre Verletzung irgendwelche Verpflichtungen anzuerkennen, und verneinen gleichzeitig die berechtigte Freiheit der anderen. Bis zur Anerkennung der einzigen Grundlage, auf der ein gerechter, ehrenvoller Friede geschlossen werden kann, ist es unsere Pflicht, den Krieg mit aller Kraft, über die wir verfügen, fortzusetzen. Ich sage volles Vertrauen, daß meine Streitkräfte im Frieden in enger Zusammenarbeit mit denen meiner treuen Verbündeten denselben heroischen Mut und meine Wähler in der Heimat dieselbe selbstlose Hingabe an den Tag legen werden, die bereits so viele Pläne der Feinde vereitelt, und daß sie den schließlich den Triumph der gerechten Sache sichern werden. Ich habe die Vertreter meiner Dominions und meines indischen Kaiserreiches zu einer weiteren Session des königlichen Kriegskabinetts eingeladen, um wiederum ihre Ratschläge in den wichtigsten, die gemeinsamen Interessen des Reiches berührenden Fragen zu erhalten. Meine Herren vom Unterhaus! Sie werden aufgefordert werden, für die Erfordernisse der Streitkräfte und für die Stabilität unserer nationalen Finanzen entsprechend vorzuliegen. Meine Lords und meine Herren! Der Kampf, in den wir verwickelt sind, hat ein kritisches Stadium erreicht, das mehr als je unsere Energie und Hilfsmittel bedarf. Ich empfehle Ihnen Patriotismus vertrauensvoll die Maßregeln, die Ihnen vorgeschlagen werden, an. Der Allmächtige Gott möge Ihre Arbeiten segnen.

# Fälschungen des Petit Parisien.

Der Petit Parisien veröffentlicht eine Reihe von sogenannten Dokumenten, die beweisen sollen, daß die Bolschewiki durch sozialdemokratische Vermittlung mit deutschem Geld bedacht sein sollen. Zwei dieser Telegramme, die sichtlich in Paris fabriziert sein dürften, lauten:

2. Dokument Berlin, den 25. August 1917. An „Vorwärts“-Korrespondenten Ober: Wunsch, welchen Sie aufsprechen, indem Sie auf Ihre Korrespondenz mit Maxim Gorki aufpassen, entsprechende Ausbeurteilung. Lieberheiminheim mit Persönlichkeiten helfen wie Ihnen durch Anhalten Kriegerkrieg Betrag 150 000 M. zur Verfügung zu stellen, wenn Sie, „Vorwärts“ zu unterstützen, was Gorki seitdem im Sinne Bewegung schreibt. Mit beiderseitigen Gruß Schiedemann.

3. Dokument Berlin 14. Juli 1917 an Wor in Stochholm. Durch Vermittlung von S. Nowogorod rüdten wir an Ihre Adresse Betrag 180 000 M. von diesem Betrag wird Ingenieur Steinberg Lenin 100 000 M. übergeben, wenn er nach Finnland geht. Restbetrag bleibt zur Orientierung Vorwärts gegen England und Frankreich zu Ihrer Verfügung. Wir mitteilen Ihnen, daß von Ihnen an uns gerichtet Briefe von Palsganz und Stiefel von uns einliefern und man über sie erörtern wird. Unterzeichnet Barbus.

Im „Politiken“ heißt es: „Barbus (Barbus)“.

Der Vorwärts bemerkt hierzu: Hierzu erklären uns die Genossen Schiedemann und Barbus, daß diese „Dokumente“ platt Fälschungen sind. Von uns aus können wir dazu bezeugen, daß es einen „Vorwärts“-Korrespondenten Oberhaus, wie er in dem erkrankten Telegramm erteilt wird, erhalten und angefertigt hat. Schiedemann ist bekannt, daß die deutsche Regierung mit den Bolschewiki seit längerer Zeit sehr unzufrieden ist. Hätten diese von der deutschen Regierung Geld erhalten, so hätten sie sich in West-Rußland wohl etwas weniger widerborstig gezeigt.

# Dänische Stimmen über den Friedensschluß mit der Ukraine.

Die Copenhagen-Politiken schreibt: Gemeinsame Interessen führen schon zum Friedensschluß am 9. Februar. Eine Reihe wichtiger und eigenständiger Fragen sind dadurch entstanden. Der Ukraine erwacht nun eine militärische Aufgabe. Es gilt für sie, die bolschewistischen Elemente aus dem Lande zu jagen, und wenn Trotski nicht in West-Rußland Frieden schließt, so vereingt sich die Bolschewiki mit der der Mittelmeer gegen Nord-Rußland. Außerdem wird nach ein höchst bemerkenswerter Umstand hinzu, nämlich der, daß die Rumänen jetzt dieselbe Grundlage für ihre Politik haben. Die rumänische Politik ist im Begriffe, zur Orientierung König Karls zurückzuführen. General Averescu ist nun in Beharabien eingezogen, das 1878 die Stufen nahmen, und das seitdem durch viele Jahre hindurch das Ziel der Wünsche Rumäniens war.

Die Lage im südblichen Rußland ist nun derart, daß die Ukraine, Rumänien und die Mittelmeer letztlich die gleiche Politik verfolgen. Dem ersten Friedensschluß wird daher wahrscheinlich bald ein weiterer folgen. Nach dem Frieden mit der Ukraine folgt wahrscheinlich der Friede mit Rumänien, das in Beharabien Einzug hat für die zerstörten Hoffnungen in Transilvanien luden will. Rumänien sieht sich leicht in Ost-Rußland mehr als Bolo ein. Die Bedeutung des russischen Friedensschlusses liegt darin, daß die Staatsmänner der Entente vor die harte Notwendigkeit, eine Entscheidung treffen zu müssen, gestellt sind. Das Schicksal von dem schließlich Siege ist durch das empfindliche Ausschleichen Rußlands zur Unmöglichkeit geworden. Das Friedenslicht ist jetzt leichter zu sehen. Zur Staatsmänner, die mit geschlossenen Augen dem Abgrunde zugehritten sind, werden es vermögen, die Frage des Friedens zu lösen, und nicht mehr über den „überlängten Krieg“ Stellung zu nehmen, und zwar einen Krieg ohne Aussicht auf Sieg, sondern nur mit Aussicht auf eine Energie, gegen die die russische nur ein Niederlagel war.

Sozialdemokraten schreibt: Der Friedensschluß mit Rußland, der unmittelbar dem Frieden mit der Ukraine folgt, ist von weitreichender Bedeutung. Der Friedensschluß mit Rumänien ist nun nur noch ein Frage von Zeit. Damit ist der Friede auf der ganzen Westfront Laide. Mit einem Schlage hat der Charakter des Krieges gänzlich und die Mittelmeer haben in Zukunft nur noch auf einer Front zu kämpfen. Dies bedeutet eine mächtige entscheidende Erklärung. Den Westmächten muß es nun klar sein, daß sie nicht fliehen können. Wenn sie jemals derartige Hoffnungen gehabt haben, so sollte das nach dem Friedensschluß im Ost-Rußland mehr als Bolo sein. Die Bedeutung des russischen Friedensschlusses liegt darin, daß die Staatsmänner der Entente vor die harte Notwendigkeit, eine Entscheidung treffen zu müssen, gestellt sind. Das Schicksal von dem schließlich Siege ist durch das empfindliche Ausschleichen Rußlands zur Unmöglichkeit geworden. Das Friedenslicht ist jetzt leichter zu sehen. Zur Staatsmänner, die mit geschlossenen Augen dem Abgrunde zugehritten sind, werden es vermögen, die Frage des Friedens zu lösen, und nicht mehr über den „überlängten Krieg“ Stellung zu nehmen, und zwar einen Krieg ohne Aussicht auf Sieg, sondern nur mit Aussicht auf eine Energie, gegen die die russische nur ein Niederlagel war.

# Zur Abgrenzung der Ukraine.

Dem Vetter Wood wird das Wien von unentschiedener Seite mitgeteilt, daß die Fünftägige Verhandlung des Schiedens im Hinblick auf unmittleren Eholm leben die Regierung der Mittelmeer auf dem Standpunkt, daß für sie in dieser Frage nicht die aus der Selbstige abgeleiteten Ansprüche der Polen allein maßgebend sein dürften. Die Mittelmeer haben sich in West-Rußland mit Bezug auf die im ehemaligen Grenzgebiet wohnenden Wölter zur Anerkennung der russischen Selbstbestimmungsrechte im West-Rußland, dem Schiedens, die sie seit langem ungeliebte Frage des Cholmer Gebiets gehört zu den Fragen, die auf Grund der angenommenen Verpflichtung offenbar nur im Einvernehmen mit den Wählern der Bevölkerung gelöst werden können.

Im Friedensvertrag mit der Ukraine ist von einer gemäßigten Kommission zur Regelung der noch unentschiedenen Grenzlinie an Rede. In dieser Kommission dürften den Polen eine Vertretung eingeräumt werden.

# Die Friedenshoffnung in der bulgarischen Sobranje.

Sofia, 12. Februar. (Agence Bulgare.) Gestern teilte der stellvertretende Ministerpräsident Bessif der Sobranje eine Depesche mit, in der das Bolo in dem Haupt der bulgarischen Delegation bei der Friedenskonferenz in West-Rußland, dem Schiedens, von der russischen Entscheidung über die Beendigung des Krieges mit dem Rückende und der vollständigen Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Punkten Kenntnis gibt und seine Glückwünsche für die Regierung und das bulgarische Volk anläßlich des mit Rußland eingetretenen Friedens ausdrückt. Die Regierung der Depesche wurde mit einem persönlichen Brief an allen Wählern aufgenommen. Die Sobranje beschloß, die Sitzung zu Ehren des Friedens anzufangen.

# Die Finnen auf Maland.

Rosenhagen, 13. Febr. National Abend meldet in einer Depesche die Landung finnischer Truppen auf Maland. Eine Abstellung der Bürgergarde sei von Nydals aus über das Eis vorübergebrungen; ein Zusammenstoß mit russischen Truppen stehe bevor. Man nimmt an, daß die finnische Landung nicht ohne Einfluß auf die Lösung der Maland-Frage sein wird.

# Der litauische Nationalrat in Bern.

Telegraphenunion meldet: Der in Bern tagende litauische Nationalrat befaßt sich mit dem litauischen Landrat in Wien a gefassten Beschlüsse, die das Recht der Wölter auf Selbstbestimmung proklamieren und die Wiederherstellung des unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna verkünden, sowie die Entwidlung dieses Staates von allen Verpflichtungen, die er früher zu den Nachbarstaaten eingegangen ist, aber die ihm auferlegt wurden.

Der deutsche Gesandte in Bern hat eine Abordnung des obersten Nationalrates empfangen, die vorliegende Erklärung zur Kenntnis genommen und versprochen, sie seiner Regierung zu übermitteln.

# Rußlands innere Kämpfe.

Moskauer Meldungen besagen, daß die Vertreter der Großrußland bildenden 26 Provinzen sich verarmt haben, um dort drei Tage lang Verhandlungen abzuhalten. Der Zweck dieser Konferenz ist, die Verfassung der Republik ausgearbeitet, die den Namen Großrußland erhalten soll.

Aus Petersburg meldet Ilro Koffiz, daß der Kommissar Kraslow und Kowaloff, ein Freund Lenins, nach einer bei ihnen abgehaltenen Konsultation verhaftet und in der West-Rußland-Festung untergebracht worden sind. Den beiden Kommissaren wird zur Last gelegt, daß sie angeblich Summen von den Geschäftsbanken und den Gewerkschaften der Revolution für die Zurücknahme der gegen sie eingeleiteten Verfahren bezogen haben. Sogar Prozesse, die schon angeht waren, seien für besondere Summen rückgängig gemacht worden.

Sowas meldet aus Keling: Telegramme aus Chardin zufolge haben die Mitglieder der litauischen Nationalregierung und Abgeordneten der litauischen Delegation in Kampf auf Lösung der Bolschewiki verhaftet. Die Bolschewiki seien entschlossen, die Einhebung einer konstitutionellen Regierung in Litauen zu verhindern. In Ladowo ist kein 2000 Matrosen aus Westrußland eingetroffen, mit dem Auftrag, die Amur-Räufeln an der Lebensdauer der Kontrolle dieses Distriktes zu verhindern.

# Die Annullierung der russischen Staatsanleihen.

Der Zentral-Gesundungsschluß in Petersburg hat am 3. Februar folgendes Dekret zur Veröffentlichung angenommen:

1. Alle Staatsanleihen, die von den Regierungen der russischen Bourgeoisie aufgenommen sind, werden von 1. Dezember 1917 (24.) ab für ungültig erklärt, die Degebenstruppen nicht mehr bezahlt.
2. Ebenso werden alle Garantien ungültig, die von diesen Regierungen für Anteile verschiedener Unternehmungen gegeben sind.
3. Alle ausländischen Anleihen werden bedingungslos und ohne jede Ausnahme annulliert. Alle Garantien werden nicht bezahlt, die Obligationen selbst gelten als Kreditfiktive.
4. Rinderemittelte Bürger, die annullierte innere Anleihen bis zu 10 000 Rubel besitzen, werden über Anteile der neuen Anleihen der russischen sozialistischen föderativen Republik entschädigt.
5. Einlagen in den staatlichen Sparkassen und deren Zinsen sind unanfechtbar. Die im Besitz der Sparkassen befindlichen annullierten Anteile werden auf die Schuld der Republik übernommen.
7. Ueber Entschädigung von Genossenschaftlichen und dergleichen werden besondere Bestimmungen ausgearbeitet.
8. Die Leitung der Liquidation der Anteile hat der Oberste Volksratskommission.
9. Die Ausführung ist Aufgabe der Staatsbank.
10. Die Befestigung der Rinderemittelten erfolgt durch besondere Kommissionen. Diese haben das Recht, Erpresser in vollem Betrage zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

Ueber die Nationalisierung der Handelsflotte wird folgende Mitteilung veröffentlicht: Alle Schiffsausrüstungen, die litauisch-schiffliche Handelsflotte und Großunternehmungen gehören, werden durch Dekret des Volksrates für nationales Eigentum der Republik erklärt. Eine Ausnahme bilden näher bestimmte kleinere Fahrzeuge.

Ferner wird das Projekt des Dekretes über die Nationalisation der Handelsflotte der früheren Republik in vollem Betrage zu annullieren, die nicht auf dem Wege der Arbeit erworben sind, selbst wenn diese die Summe von 5000 Rubel nicht übersteigen.

# Der Krieg in Italien.

Wien, 12. Febr. Amlich wird verlautbart: Auf der Hochflüge der Sieben Gemeinden und im Gebiete des Monte Alonca sind im Laufe des Monats Februar 10 000 Mann der italienischen Truppen den Gegner aus seinen Stellungen; hierbei wurden 8 000 Offiziere und 170 Mann gefangen gebracht.

Der Chef des Generalstabes.

### Kleine Kriegsnachrichten.

Berlin, 12. Februar. Weitererlei in französischen Heer. Da der Dienst im französischen Heer immer härter und die Strafen immer härter werden, so bilden Weitererlei keine Seitenlinie. Die Soldaten des 74. Regiments haben sogar ihre Fahnen in Stücke gerissen. Wachenpatrouillen und die 15. Batterie mußten aufgehoben werden, um die Weitererlei nach ihrer Überwältigung zu überwandern. Der Regimentskommandeur war verzwweifelt über völlig nachlos.

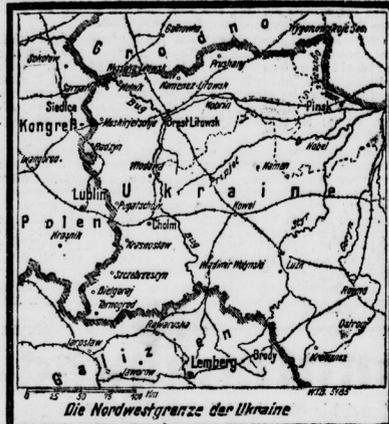
Berlin, 12. Februar. Englische Verluste. Nach den englischen Zeitungen vom 11. bis 21. Januar 1918 wurden an Verlusten des britischen Heeres verzeichnet: Tote, Verwundete, Vermisste 387 Offiziere, 24.888 Mann. Der Abgang an Kranken ist nicht eingerechnet.

### Der Krieg zur See.

Berlin, 12. Februar. (Umst.) Neue U-Boot-Erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: 20000 Bunker-Registertonnen. Die vorletzten Schiffe waren meist tief beladen. Darunter befanden sich zwei große Dampfer von etwa 5000 Bunker-Registertonnen, deren einer der Bibby-Düne angehörte. Der Chef des Admiralfstabes der Marine.

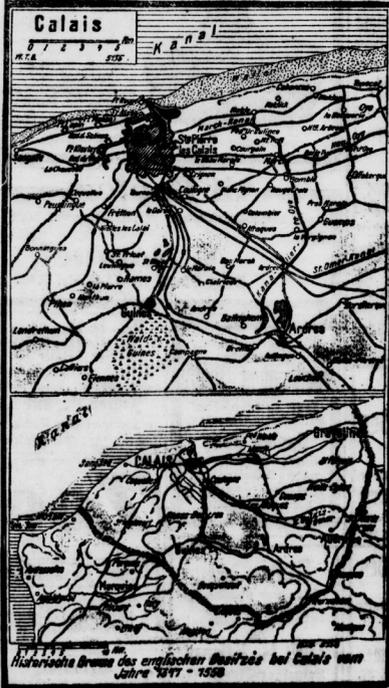
### Die Ukraine und die Kofaten.

Dem in Petersburg erscheinenden Diennit Razdomy zufolge kam nach dem Kofatenabstand mit Kufingen an der Spitze, um das Kofatentum bei dem ukrainischen Zentralrat zu vertreten.



### Calais.

Nach den Meldungen der Blätter soll zwischen Frankreich und England tatsächlich ein Abkommen geschlossen worden sein, demzufolge Calais auf 90 Jahre an England verpachtet wird. Calais, das alte noch von den Römern gegründete Calais, besteht eigentlich aus zwei Teilen, dem alten Calais und dem seit 1885 mit ihm verbundenen St. Pierre-Calais. Das alte Calais hat seinen alten Charakter bewahrt, das neue dagegen ist mit seinen modernen breiten Straßen und den neuen großstädtischen Häusern ein der Industrie geworden, welche durch vorzügliche Schienenanastomosen und die vielen Kanäle über ein Hauptumschlagplatz für den überseeischen Verkehr geschaffen hat. Die vorzüglichen Hafenanlagen, die großen geschäftig betriebenen Docks, ermöglichen einer großen Anzahl von Schiffen, gleichzeitig ihre Ladung zu löschen. Dazu kommt, daß Calais den Mittelpunkt des Verkehrs mit England bildet. Mit hoch Tower in 1 1/2 Stunden zu erreichen. Calais seit 1347 in die Hände der Engländer und bildete das Einfallstor für diese bei ihrem Siegeszuge durch Frankreich. Es war aber auch das letzte Stück französischer Bodens, das die Engländer nach dem Jahre 1658 inne hatten. In der jüngsten Zeit hat die Gegend dieses letzten Stückes des ehemaligen englischen Westens wieder.



### Der deutsche Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 12. Februar 1918.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz. An vielen Stellen der Front Westlichsteil. Infanterieabteilungen führen südlich von St. Quentin und auf dem östlichen Maas-Ufer am Gantieres-Weiler erfolgreiche Erkundung durch und machen dabei Gefangen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Zwischen Ailetz und Metzoffen Zerstörer- und Minenlampen, der sich heute morgen besonders in der Gegend von Remanoville verhielt.

### Östlicher Kriegsschauplatz.

Die militärische Lage an der Front gegenüber den Großrussen und Rumänen unverändert.

### Italienische Front.

Auf der Höhe der Sieben Gemeinden lag abgerufen Generalstabschef. Im letzten Angriff haben die österreichisch-ungarische Truppen sechs Schiffe von der Höhe des Soffo und nahmen dabei sechs Offiziere und 170 Mann gefangen.

Von der waldreichen Front nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. Lubanoff.

### Die Lage in Finnland.

Über die Kämpfe in Finnland liegen in den letzten Tagen keine genauen Nachrichten vor. Zhammerford, Wiborg, Wjenesberg und Nanne befinden sich noch in den Händen der Roten Garde. Das Hauptquartier des Generals Wamerheim wurde von Wjaja nach Schenau verlegt. Nach einer Besprechung seines Stabschefs, rechnet Wamerheim mit einem langwierigen Feldzug.

Nach Meldungen des Distriktskommandanten in Vaca, fanden am Sonntag heftige Kämpfe bei Manterhuus statt; die Rote Garde führte einen Angriff auf einen Bangezug aus. Nach der Schilderung des von der finnischen Staatsregierung nach Stockholm entlassenen Kuriers, herrschte unter den Senatstruppen großer Bedarf an Schusswaffen und Munition. Die Russen schrieben durch die Zusammenziehung beträchtlicher Truppenmassen die wichtigsten Punkte der Subfront, an der sich die Bürgergarde eingräßt.

Die schwedische Gefangenensatzung in Seflingfors teilt mit, daß nach einer amtlichen Bekanntmachung die Rote Garde als staatliche Institution aufrechterhalten werden wird. Gegenrevolutionäre Zeitungen sind untersagt worden. Im Regierungsrat hat die Weidener beschlagene worden. Nach einer weiteren Meldung ist Wiborg in empfindlicher Weise von den Russen ausgeplündert worden.

Das Stockholm-Stockholm-Idel bringt folgendes Telegramm aus Rula: Der Amtsvorstand verlangt Militär, um die Ordnung auf der Insel Gesträs, die von vielen finnlandischen Arbeitern besetzt ist, aufrechtzuerhalten, da man eine Invasion der Roten Garde und russischer Soldaten befürchtet.

Nach der Heralden Zeitung Stockholms Abteilungen beginnen immer zahlreichere sozialistische Propagandisten gegen die Verewältigung der gegenwärtigen Regierung Finnlands zu protestieren.

### Neues zur Weltlage.

Wie das Berliner Tageblatt meldet, hat der Vierbund die rumänische Regierung in Jassy aufgefordert, in Verhandlungen einzutreten. Er hat die rumänische Regierung erlaubt, bis heute Mittags abend, aufzusuchen, bis man die Verhandlungen bereit ist über nicht. Der britische Botschafter und seine Gefolge durch General Averesku dürfte natürlich auf diese Aufforderung zurückzuführen sein. Die Form eines Ultimatus, das eine Durchzählung in sich schließt, ist der Aufzorderung nicht gegeben worden.

Die Times schreibt: Die Vorschläge der Alliierten an Rom in den letzten Tagen sind Milliarden bei Milliarden habe keines seiner Kriegsziele erreicht. Die außerordentliche Höhe der gewährten Vorschläge erregte schon lange das Bestreben und Erstaunen der englischen Finanzwelt.

Die Kammeritzungen in Italien wurden wieder aufgenommen. In den letzten Tagen war der Ministerrat täglich versammelt; über 30 Redner sind bereits vorgekommen. Wegen der Verfassungsgesetze sind gewisse Angriffe der Sozialisten auf das Substrat, besonders auf die Entente zu erwarten. Die Ereignisse in Weizen und Oesen, insbesondere auch das Verhalten der Bundesgenossen zu den italienischen Kriegsteilnehmern, wird den Rednern von allen Seiten ausgetrieben Stoff geben. Alle Mäler geben mehr oder minder zu, daß der Frieden mit der Ukraine einem Sieg der Zentralmächte gleichkomme.

In Amerika herrscht große Unzufriedenheit mit der diplomatischen Behandlung Russlands durch die Entente. Man schreibt dort den Sonderfrieden der Mittelmeere mit der Ukraine dem vollständigen Vergehen der Entente-Diplomatie zu und erwartet, daß Wilson seine Führerrolle innerhalb der Entente noch härter betonen werde als bisher.

### Politische Uebersicht.

#### Deutsches Reich.

#### Gegen direkte Reichsteuern.

Das neue Reichsteuerbudget ist noch nicht heraus. Aber von Seiten der Einzelstaaten ist schon eine lebhafte Aktion gegen direkte Reichsteuern im Gange. Wie in Gießen und Hessen, so hat auch in Baden der Finanzminister dagegen mobil gemacht. Er erklärte, die Frage der direkten Steuern sei eine ernste Lebensfrage aller Bundesstaaten. Gegen die Begrenzung der Vermögens- und Einkommensteuer durch das Reich werde sich Baden aufs äußerste wehren. Wenn die Durchsetzung der baltischen Wünsche nicht gelinge, werde ein Verzicht auf die Einkommensteuer für die weitere Heranziehung der Kriegsteuererforderungen. Dem nächsten Landtag gebe ein neues Steuergesetz zu, worunter sich wahrscheinlich eine Vermögenssteuer befindet.

In Bruggen hat einmal wieder der freisinnige Reichsrat v. Jochim den Vogel abgeschossen. Er hat im Haushaltsauspruch folgenden Antrag eingebracht:

- Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:
- 1. dem Landtage nach in der laufenden Sitzung einen Gesetzentwurf, betreffend Neuordnung der Einkommen- und Ergänzungsteuer, vorzulegen;
- 2. dahin zu wirken, daß das Reich bei Wiederholung seiner Forderungen die Bundesstaaten und Zulieferung entsprechender landesrechtlicher Befreiungen des Vermögens von jedem weiteren Heranziehung der Kriegsteuererforderungen. Dem nächsten Landtag gebe ein neues Steuergesetz zu, worunter sich wahrscheinlich eine Vermögenssteuer befindet.

Die Uebernahme eines Teils der Kriegskosten durch die Bundesstaaten, damit sie so auf Umwegen durch direkte Steuern gedeckt werden, würde das Gegenteil des Richtigen sein, denn die großen Lasten der Zukunft werden überhaupt nur getragen werden können, wenn sie durch ein möglichst großes Einkommen aus der Besteuerung des Vermögens, ein Teil der Steuern aber öffentlich bei den Bürgern, der weitaus größere Teil der Kriegskosten dem Reich verbleiben und von ihm durch indirekte Steuern gedeckt werden soll.



### Abgrenzung von Reichs- und Gemeindefteuern.

Zur Beratung des Etats des Finanzministeriums, die in den nächsten Tagen in der vereinigten Staatskassenkommission beginnt, hat Reichsrat v. Jochim im Namen der freisinnigeren Freiheitler beantragt, dahin zu wirken, daß das Reich bei Wiederholung seiner Forderungen nicht allein die Uebernahme eines Teils der Kriegskosten durch die Bundesstaaten und Zulieferung entsprechender landesrechtlicher Befreiungen des Vermögens von jedem weiteren Heranziehung der Kriegsteuererforderungen und Vermögens oder einer dieser Steuerquellen absieht. Der Antrag deckt sich dem Grunde nach mit einem ähnlichen Antrag, der von den Konservativen, Freisinnigen, Nationalliberalen und dem Zentrum unterstützt, bereits seit länger als Jahresfrist im Abgeordnetenhaus vorliegt, aber aus rechtlichen Gründen noch nicht zur Beratung gekommen ist. Es liegt den Reichstagspartei den Abgeordnetenhaus daran, die Steuerquellen zwischen Reich und Einzelstaaten genau abzugrenzen und dadurch, daß der Landtag zunächst die direkten Steuern auf dem Wege der Gesetzgebung erläßt, und die Einführung neuer direkter Reichsteuermittelheiten zu hintertreiben. Neu ist an dem Antrag einmal, daß die Antragsteller sich bereit erklären, einen Teil der Kriegskosten auf die Bundesstaaten zu übernehmen und auch den landesrechtlichen Beitrag zu beheuern, und zweitens ist neu, daß der Antrag ferner noch in der laufenden Sitzung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. Neuordnung der Einkommen- und Ergänzungsteuer verlangt. Dieser hat ferner die Bedeutung, wie auch die Reichstagspartei sich einer Neuordnung unserer Steuerquellen während der Kriegszeit widersetzt und gelehrt, daß diese Frage bis nach Beendigung des Krieges hinausgeschoben wird.

### Der Reichstag und der Frieden mit der Ukraine.

Der Friedensvertrag mit der Ukraine dürfte dem Reichstag alsbald bei seinem Wiederzusammentritt zugehen. Am Donnerstag, dem 21. Februar, wird das Vernehmlich mit voranschreitend mit demselben befaßt. Man rechnet damit, daß der Reichstag auf die Beratung nur einen Tag verwenden und daß der Reichstagskanzler bei dieser Gelegenheit eine Rede halten wird.

Zur Reichstagswahl in Hildesheim hat der nationalliberale Wahlverein den Stadtmann Dr. Oskar Maroch als national-liberalen Kandidaten aufgestellt. Die Fortschrittler erklären darin einen Bruch des für die Provinz Brandenburg im Jahre 1912 abgeschlossenen liberalen Wahlbündnisses. Es hoffen, mit einem der beiden sozialdemokratischen Kandidaten in die Stichwahl zu kommen, und bezeichnen durch die nationalliberale Kandidatur eine enge Wahl zwischen den beiden Sozialdemokraten.

### Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 13. Februar 1918.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale). Im Hause der Gewerkschaften, Herz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Gesprächsstunden nur wochentags von 11-12 Uhr und abends von 5-8 Uhr. Sonntagen nachmittags und Sonntags geschlossen.

### Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Warme Labs. Von Donnerstag ab auf Karte 135 des Warenbezugshefts 13 jede Person 1/2 Pfund.

Gemüse-Kartoffeln. Donnerstag, vormittags von 9-12 Uhr. Nr. 63001-67000, nachmittags von 2-6 Uhr Nr. 67001 bis 70000 der Lebensmittelhefte in der Isalmische. Abzugeben ist der Abschnitt 130 des Warenbezugshefts 12 Jede Person ein Pfund; aufgelassen sind nur diejenigen Haushalte, die die ihnen zugehörende Menge in den Kleinfahndelgeschäften nicht bekommen konnten.

Quart. Donnerstag auf die Lebensmittelhefte Nr. 49001 bis 63000 bei den Milchhändlern Fische, Große Gohlenstr. 21, Weinbardi, Große Brunnenstraße 38, Kintke, Goethestraße 13, Kaff, Humboldtstraße 48, Pöschke, Brandenburgerstraße 10 außerdem in der Verkaufsstelle der Volkerei G. m. b. H., Kallstraße 135. Abzugeben Abschnitt 1 des Einkaufshefts für Volkserzeugnisse für Kinder von 6 bis 12 Jahren. Jede Person 200 Gramm zum Preise von 25 Pfennig.

Geld. Allgemeine Verteilung für Februar auf die Lebensmittelhefte, auch für diejenigen Haushalte, die erst jetzt ihren Stichtag für Januar bekommen haben. Jeder Haushalt ein Brötchen für 25 Pfennig. In allen Drogeriehandlungen und Apotheken zu erhalten.

# „Dänemark — im Goldhaufen verhungert“.

Die in den neutralen Ländern so gefürchtete Arbeitslosigkeit hat jetzt in Dänemark in solchem Umfang genommen, daß zu ernstlichen Besorgnissen Veranlassung gegeben ist. In den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Landes werden bereits über 46 000 Arbeitslose gezählt, wovon die Hälfte auf die Hauptstadt kommt. Inzwischen hat sich die Zahl der Arbeitslosen in den übrigen Teilen des Landes ebenfalls rasch vermehrt. Im Gegensatz zu den vergangenen Wochen liegt die Zahl der Arbeitslosen um über 5000. Zu diesen gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen kommen noch alle unorganisierten hinzu, deren Zahl bisher noch nicht festzustellen war.

Die Ursachen dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit sind bekannt. Einerseits die Rohstoff-Rationierung der Exportindustrie, andererseits die durch die Entente und andererseits der deutsche II-Weltkrieg bedingte Produktionsrückgang. Innerhalb aller Erwerbszweige hat die Produktionsrückgang in beunruhigender Weise abgenommen, und die Betriebe, die früher der dänischen Sozialdemokratie fürzlich im Reichstagsgebrauch, daß dem dänischen Volk broht, wählten in einem Goldhaufen zu verhungern“ der Goldhaufen, den die kapitalistischen Unternehmungen durch Kriegsgewinn eingehandelt haben — sind nicht als übertrieben anzusehen. Die „Zeitschrift für Industrie“ behauptet, daß die Arbeitslosigkeit in der Industrie binnen kurzer Zeit 70 bis 80 Prozent der Arbeiter umfassen wird, falls sich die Verhältnisse weiter wie bisher entwickeln.

Die Frauen und Kindern dürfte nicht allzu hoch geredet, die Zahl der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen auf 175 000 zu schätzen. Von den einzelnen Industrien sind am meisten die Textil- und die Bauindustrie betroffen worden, aber auch andere Industriezweige sind nicht verschont geblieben. So z. B. sind unter den Bedauern über 1000 Arbeiter und außerdem 100 kleine Unternehmer Arbeitslos geworden. Von den Landarbeitern sind über 1200 ohne Beschäftigung, davon allerdings die Hälfte wegen Einführung der erhöhten Tabaksteuer. Diese werden vom Staate zum Teil entschädigt.

Die Stimmung unter den dänischen Arbeitern ist bestmöglichermaßen sehr gedrückt. Die Nichtstimmung verdankt die Sozialisten zu ihrem Zwecke auszunutzen. In den vergangenen Monaten hat die Gewerkschaftsopposition eine lebhaftere Agitation unter den Arbeitslosen eingeleitet, um die Herrschaft über die Massen zu bekommen. Auf ihrem Landeskongreß beschloß sie eine Resolution, in der u. a. gefordert wurde, daß der Staat jedem Arbeitslosen folgendes sichern sollte:

Einen wöchentlichen Mindestlohn von 30 Kr.; die nötige Heizung; die erforderlichen Wohnräume; Ausübung der Zahlungspflicht für auf Wohnung gekaufte Gegenstände, bis der Betreffende wieder seine Arbeit aufgenommen hat; Garantie der notwendigen Lebensmittel und Regulierung der Warenpreise im Verhältnis zu den Produktionskosten.

Diese Resolution haben sich die Arbeitslosen in nicht weniger als 30 Städten und Industriekreisen zu eigen gemacht. Man hat überall verlangt, die Arbeitslosen in besonderen Arbeitslosen-Organisationen zu vereinigen, die sich nach dem Vorbild der Hauptstadt dabei sind, eine Landeszentrale zu gründen. Bei der weiter wachsenden Arbeitslosigkeit dürfte bald die Arbeitslosen-Organisation die größte gewerkschaftliche Organisation Dänemarks sein. Auch durch Demonstrationen im

# Reichstagsabgeordneter Legien

Vorsitzender der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands

spricht Sonntag vormittag 11 1/2 Uhr im Walfalla-Theater zu Halle über die hochbedeutungsvolle Frage:

# Was das deutsche Volk erstrebt.

Arbeiter, Parteigenossen, Gewerkschaftler, erscheint in Massen, arbeitet auf eine wichtige Kundgebung hin!

# Es gilt eure eigene Sache!

Eintrittskarten zum Preise von 10 Pfennig sind von heute an in der Geschäftsstelle der Volksstimme zu haben.

Freien, darunter ein paar mal vor dem Reichstagsgebäude, sowie durch Kiessamerlammungen überall im Lande haben die Arbeitslosen ihre Nichtstimmung zum Ausdruck kommen lassen. Partei und Gewerkschaften haben sich überall ins Zeug gelegt, um das harte Los der Arbeits-

losen zu mildern. Im Reichstag sowie in den Gemeinderatssitzungen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten Antisage eingebracht, die darauf ausgehen, Postenarbeiten ausführen zu lassen, ferner durch Unterstellungen verschiedener Art den Arbeitslosen durch die schwere Zeit zu helfen. Das Reichstag hat bereits den Anträgen der Sozialdemokraten zum großen Teil zugestimmt und durch einen in diesem Zuge gefassten Beschluß die tägliche Unterfertigung eines arbeitslosen Familienmitglieds auf 2,75 Kr. erhöht. Die Staatsregierung plant, für 21 Millionen Kronen Postenarbeiten — Weg- und Straßenbau, Kanalarbeiten usw. — in Gang zu setzen. Ähnliche Maßnahmen werden vom Staate sowie den anderen Städten getroffen.

Durch dieses Eingreifen der Partei und der Gewerkschaften sowie durch die Maßnahmen der Behörden konnte in den Reihen der Arbeitslosen eine gewisse Beruhigung getragen werden, so daß die Beschlüssen der Sozialisten, die gegenwärtige schwierige Lage der Arbeitslosen durch die Erhöhung sich rechtfertigen, durch die infolge der allgemeinen Erhebung der Preise für alle Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände gesunkenen Geldwert. Die der Geldwert allgemein gesunken ist, so ist auch der Lohnbetrag als Gegenleistung für die Leistungen des Arbeiters im Werte gesunken, so daß der Arbeiter mit Zug und Recht eine dem Sinken des Geldwerts entsprechende Lohnerhöhung beanspruchen kann.

Diese Auslösung von dem Wesen der Leuerungszulagen erfüllt ihren amtlichen Stempel durch eine fürzlich gefasste grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts. Diese löste richtigerweise die Anknüpfung der Arbeiterversicherung auf die Höhe der Arbeitslosen, welche die Frage betraf, ob die Leuerungszulagen auch Entgelt für die Arbeitsleistungen oder nur eine besondere Zuzahlung bilden, die für die Krankenversicherung unbenutzbar ist, wie folgt ausgesprochen:

„Als Gehälte stellen sich aber die den Beschäftigten gewährten Leuerungszulagen im allgemeinen nicht dar; dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht um eine einmalige oder gelegentliche, sondern vielmehr um größere Gruppen von Beschäftigten in regelmäßiger Wiederkehr gewährte Leistungen handelt. Leuerungszulagen werden im allgemeinen während des Krieges deshalb gewährt, wie sie infolge der allgemeinen Verteuerung in ihrem Wert die gegenwärtige Gegenleistung des Arbeitgebers auf die zur Zeit angefallene Höhe zu bringen und die Lohnhöhe den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder anzupassen.“

Diese Auslösung des Reichsversicherungsamts ist manchem Unternehmer zum Nachdenken empfohlen. So natürlich ist es, so schwer kann die in der Gedankenwelt manches Arbeitgebers Eingang finden.

## Soziales.

### Die Leuerungszulagen kein Geschenk.

Unternehmer lieben es, bezüglich der Leuerungszulagen so zu tun, als ob es sich dabei um eine der Freigebigkeit und des Wohlwollens der Arbeitgeber beruhende besondere Zuzahlung handle. Dieser Standpunkt wird namentlich von den Arbeitern gleich abgelehnt. Sie verlangen die Leuerungszulagen als eine Erhöhung der Entgelt für die Arbeitsleistung, welche Erhöhung sich rechtfertigen, durch die infolge der allgemeinen Erhebung der Preise für alle Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände gesunkenen Geldwert. Die der Geldwert allgemein gesunken ist, so ist auch der Lohnbetrag als Gegenleistung für die Leistungen des Arbeiters im Werte gesunken, so daß der Arbeiter mit Zug und Recht eine dem Sinken des Geldwerts entsprechende Lohnerhöhung beanspruchen kann.

Diese Auslösung von dem Wesen der Leuerungszulagen erfüllt ihren amtlichen Stempel durch eine fürzlich gefasste grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts. Diese löste richtigerweise die Anknüpfung der Arbeiterversicherung auf die Höhe der Arbeitslosen, welche die Frage betraf, ob die Leuerungszulagen auch Entgelt für die Arbeitsleistungen oder nur eine besondere Zuzahlung bilden, die für die Krankenversicherung unbenutzbar ist, wie folgt ausgesprochen:

„Als Gehälte stellen sich aber die den Beschäftigten gewährten Leuerungszulagen im allgemeinen nicht dar; dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht um eine einmalige oder gelegentliche, sondern vielmehr um größere Gruppen von Beschäftigten in regelmäßiger Wiederkehr gewährte Leistungen handelt. Leuerungszulagen werden im allgemeinen während des Krieges deshalb gewährt, wie sie infolge der allgemeinen Verteuerung in ihrem Wert die gegenwärtige Gegenleistung des Arbeitgebers auf die zur Zeit angefallene Höhe zu bringen und die Lohnhöhe den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen wieder anzupassen.“

Diese Auslösung des Reichsversicherungsamts ist manchem Unternehmer zum Nachdenken empfohlen. So natürlich ist es, so schwer kann die in der Gedankenwelt manches Arbeitgebers Eingang finden.

## Befanntmachung.

Auf Grund der Verordnung über die Verarbeitung von Gemütle und Obst vom 23. Januar 1918 (Leipzig-Gesetzblatt Seite 48) wird mit Genehmigung des Staatspretrats des Kriegsernährungsamts bestimmt:

Beim Absatz der Erbsenkonzerne aus der Ernte 1917 durch die Hersteller dürfen folgende Preise nicht überschritten werden:

Normaldofe	Kraiserbohnen (Junge Erbsen, extra fein)			
	1/2	1/4	1/8	1/16
Junge Erbsen, sehr fein	1.79	0.92	0.47	3.58
Junge Erbsen, fein	1.54	0.90	0.41	3.08
Junge Erbsen, mittelfein	1.44	0.78	0.38	2.68
Junge Erbsen (Gemütleerbsen I)	1.34	0.70	0.36	2.68
Suppenerbsen (Gemütleerbsen)	1.29	0.67	0.34	2.58

Zu diesen Preisen ist die Ware kraftfrei Empfangshaltung zu liefern.

Beim Absatz an die Kleinbändler dürfen die nachstehenden Preise nicht überschritten werden (Großhandels-Preise):

Normaldofe	Kraiserbohnen (Junge Erbsen, extra fein)			
	1/2	1/4	1/8	1/16
Junge Erbsen, sehr fein	1.84	0.95	0.49	3.68
Junge Erbsen, fein	1.74	0.90	0.46	3.38
Junge Erbsen, mittelfein	1.59	0.83	0.43	3.18
Junge Erbsen (Gemütleerbsen I)	1.49	0.78	0.40	2.98
Suppenerbsen (Gemütleerbsen)	1.34	0.70	0.36	2.68

Zu diesen Preisen müssen die Kleinreten frei Station des Kleinbändlers geliefert werden.

Beim Absatz durch die Kleinbändler an die Verbraucher dürfen die folgenden Preise nicht überschritten werden (Kleinhandels-Preise):

Normaldofe	Kraiserbohnen (Junge Erbsen, extra fein)			
	1/2	1/4	1/8	1/16
Junge Erbsen, sehr fein	2.10	1.10	0.65	4.40
Junge Erbsen, fein	2.00	1.05	0.60	3.90
Junge Erbsen, mittelfein	1.81	1.00	0.57	3.50
Junge Erbsen (Gemütleerbsen I)	1.70	0.95	0.55	3.30
Suppenerbsen (Gemütleerbsen)	1.60	0.90	0.52	3.10

Braunschweig, am 2. Februar 1918.

Gemütleerbsen-Kriegsernährungsamt, S. 5. 9.

Vorsteher der Befanntmachung wird hiermit zur Kenntnis gebracht.

Halle, am 12. Februar 1918.

Der Magistrat.

## Befanntmachung.

Durch Beschluß beider städtischer Körperschaften ist mit Zustimmung der hiesigen Volksetzerwaltung in Abänderung der bisherigen Bestimmungen für die öffentliche Cade der Lebens- und verletzten Lebensversicherung eine neue Statutenfassung festgelegt worden.

Der Plan liegt im Magistratsbureau I (Wohngebäude, Zimmer Nr. 20) zu jedermanns Einsicht aus. Einwendungen gegen ihn sind innerhalb einer mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Befanntmachung beginnenden Frist von vier Wochen bei uns anzubringen.

Halle, am 8. Februar 1918.

Der Magistrat.

## Befanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgefchäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Mittwoch, den 12. Donnerstag, den 14. und Freitag, den 16. Februar 1918, bei uns von 10 bis 12

## Befanntmachung.

wählen Großfirmen, das in dieser Woche zum Verkauf gelangende Biergemüse (Spinat) abzuholen.

Befanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, am 12. Februar 1918.

Der Magistrat.

## Stadtbad.

Die Damen-Schwimmhalle ist von Montag, den 18. Februar an, von 7 bis 11 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Freitag und Sonnabend bis 8 Uhr sowie Sonntags bis 12 Uhr mittags geöffnet.

Halle, den 11. Februar 1918.

Der Magistrat.

## Stadtbad.

Hier sind zwei Stellen, eines **Hilfsmassseurs — Badewärters** und eines **Heizers** neu zu besetzen. Bewerbungen an die Stadtbaderverwaltung, Schimmelstraße 1—4, erbeten.

Halle, den 11. Februar 1918.

Der Magistrat.

## Thalia-Säle.

Sonnabend, 16. Februar 1918, abends 8 Uhr: **Wohlfühlkonzert**

zum Besten der Hinterbliebenen gefallener Unteroffiziere und Mannschaften des 38. Infanterie-Regiments Nr. 38, ausgeführt von Mitwirkenden des hiesigen Stadttheaters.

Mitwirkende: Meta Foush, Henriette Böhm, Dora Hansen (Sopran), Amelie Peters, Imit Hob, Olga Marlow, Beria Kallweit, Wolf Heßbach, Wolf Karacher, Leo Schönbach (Cello und Kontrabaß), Artur Bohardt (Violine), Hermann Weidlich (Hörle).

Eintrittskarten zum Preise von 3, 2, 1,50 und 1 Kr. sind zu haben in der Hofmusikantenhandlung Heinrich Kophan.

## Umpreschhüte

werden angenommen. Preis 3.50 M. Lieferzeit 3—4 Wochen.

Umarbeitungen nach neuester Form.

Große Auswahl in Blumen.

Freiz Mösenthin

Baugraße 1, gegenüber der Baug.

## Befanntmachung.

Infolge der durch die Gaseinschränkung verursachten Mehrarbeiten muß die Rechnungsausführung für Gasverbrauch im Januar insoweit unterbleiben, als die Verbrauchsmengen 200 Kubikmeter nicht erreichen. In diesem Falle erfolgt die Berechnung der Verbrauchsmengen zusammen mit dem Februarverbrauch.

Die vereinbarten Vierteljahrszahlungen werden hierdurch nicht berührt.

Halle, 8. Februar 1918.

## Die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke.

Halle, 8. Februar 1918.

## Gardinen

abgepaßt und vom Stück 483] **Teppiche** — in allen Größen — **Tischdecken**, Plüsch-, Tuch- und Stoffdecken in allen Preislagen bei **H. Elkan**, Leipziger Straße 57.

## Die Gleichheit.

sozialdemokratische Frauenzeitung Nr. 8. eingetroffen. Buchhandlung Volkstümme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

## Als Schneidermelster

empfiehlt sich für alle vorfindenden Arbeiten, wie auch Wenden, Ankerben von Herren- u. Damengarbe. **O. Helmuth & Sohn**, Stieg 19.

## Arbeiter-

Notiz-Kalender für 1918 wieder vorrätig in der Buchhandlung Volkstümme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

## In freien Stunden

Wochenchrift von spannender Romane und Erzählungen. Preis 15 Pf. Buchhandlung Volkstümme Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

**Gustav Uhlig**

Untere Leipziger Straße

Billige, gute Bezugsquelle in vortheilhaften Musikinstrumenten

für unsere Krieger in Heide und Verwundeten in der Heimat. Zwerchhölzer, Klaviere, Orgeln, Harmonikas, Mandolinen, Gitarren, Wiener Zitharmonikas.

Sonntags geöffnet von 1/2 bis 1/2 Uhr.

## Alt-Papier

solche Geschäftsblätter zum Einstampfen kauft stets **A. Samuel**, Alter Markt 7. — Tel.-Nr. 5592.

## Stadt-Theater

Wittwoch, den 13. Februar Anfang 7,30 Uhr. Ende 10,15 Uhr **Jugendfreunde.** Lustspiel von Schulz. Donnerstag: Die Walfäre.

## Grammophon - Platten

Wieder vorrätig in der Buchhandlung Volkstümme Halle, Gr. Ulrichstraße 27

## Schürzen,

schön und preiswert, alle Modarten, in Schwarz, weiß u. bunt, im **H. Elkan**, Leipziger Straße 57.

## Zoo

Reicher Tierbestand. Heute abend 8 Uhr **5. Gesellschaftskonzert.** Arbeiter, abonniert die Volksstimme



